

EDITORIAL

❖ 2006 haben die Innenminister von sieben EU-Staaten ein 50-seitiges Vertragswerk unterzeichnet, das die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vor allem bei der Bekämpfung des Terrorismus, der länderübergreifenden Kriminalität und der illegalen Migration vertieft. Der Vertrag von Prüm will einen Austausch von DNA-Dateien, Fingerabdrücken und Kraftfahrzeugdaten in den zunächst sieben EU-Staaten ermöglichen. Im Dezember 2006 haben Deutschland und Österreich die erste Vereinbarung zur Umsetzung des Vertrages von Prüm geschlossen. Sie gewähren sich gegenseitig Zugang zu den DNS-Datenbanken. Die Polizeien des jeweils anderen Landes fanden beim Abgleich von mehr als 100 000 DNS-Dateien 3000 Treffer. In vielen hundert Fällen konnten deutsche und österreichische Polizeibehörden ihre stecken gebliebenen Untersuchungen wieder aufnehmen. Darunter fanden sich dreißig Fälle von Mord und Totschlag und neun Sexualdelikte. In Prüm begann eine neue Ära der polizeilichen Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinaus. Erstmals erlauben souveräne Staaten einander direkten Zugang auf die Informationssysteme der nationalen Polizeien. Mittlerweile haben vier weitere EU-Staaten ihren Beitritt zum Vertrag von Prüm erklärt, der von vornherein offen war für alle EU-Staaten. Diese neue Dimension der Verbrechensbekämpfung wird den Europäern den Nutzen der EU sehr konkret vor Augen führen. Europa braucht diese Nachweise seiner Nützlichkeit für die Bürger, um nicht immer wieder mit über großem Beamtenapparat assoziiert zu werden, obwohl jede Millionenstadt mehr Bedienstete beschäftigt als die Europäische Kommission in Brüssel.



Bundeskanzlerin Angela Merkel hat bei ihrer Antrittsrede zur Europäischen Präsidentschaft im Straßburger Europaparlament am 17. Januar 2007 die Ziele der nächsten sechs Monate dargelegt und die Toleranz als die Seele Europas bezeichnet, die sich aus seiner Vielfalt ergibt (vergleiche die Dokumentation der Rede in diesem Heft).

Von dem französischen Denker Blaise Pascal stammt die Formulierung „Einheit ohne Vielfalt ist Diktatur, Vielfalt ohne Einheit ist Anarchie“. Diese Doppelfeststellung markiert den Rahmen für die bisherige wie auch für die künftige Entwicklung der Europäischen Union als einer Werte- und Sicherheitsgemeinschaft.

Angela Merkel hat in ihrer Straßburger Rede darauf aufmerksam gemacht, dass ein langsames, ein bürokratisches und ein in sich zerstrittenes Europa keiner der Aufgaben bewältigen kann, die zu lösen sind: weder in der Sicherheits- noch in der Außenpolitik, weder in der Klima- und Energiepolitik noch in der europäischen Forschungspolitik, weder beim Bürokratieabbau noch bei der Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik. Sie hat an die Untersuchungen des amerikanischen Wissenschaftlers Richard Florida erinnert, der als Rahmenbedingung vieler erfolgreicher Entwicklungen der dynamischsten Regionen der Welt drei Faktoren identifiziert hat: Technologie, Talente und Toleranz. All dies hat Europa zu bieten, und deshalb können wir mit strukturellem Optimismus in die europäische Zukunft blicken.

❖

Wolfgang Bergedorf